

An den Generalstaatsanwalt des Landes Niedersachsen

Herrn Norbert Wolf

Betreff

Strafanzeige wegen Meineid und Hochverrat am deutschen Volk

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt Norbert Wolf

nach dem Grundgesetz:

Art 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

ferner nach dem Gesetz:

§ 138 StGB (1) 2. eines Hochverrats in den Fällen der §§ 81 bis 83 Abs.1

muss ich

Frau Bundeskanzlerin Frau Dr. h.c. Angela Merkel des Meineides und des Hochverrates am Deutschen Volk anzeigen!

Ebenso

Dr. Wolfgang Schäuble, seines Zeichens Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland.

Tatbestandsmerkmale

Geschütztes Rechtsgut ist der physische und verfassungsmäßige Bestand der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder. Dieser umfasst die staatliche Einheit von Bund und Ländern, deren Gebietsintegrität und die völkerrechtliche Souveränität des Bundes (Bestandshochverrat).

-

„Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder die auf dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.“

- § 81 StGB[1]

Ferner verstoßen beide gegen das Grundgesetz. Und zwar im Einzelnen und Besonderen

gegen

Art 20

(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

(3) ***Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.***

(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen

das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

-

Begründung:

Frau Merkel und Herr Dr. Schäuble leisteten bei Amtsantritt ihren Amtseid nach Artikel 56 des Grundgesetzes:

"Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Das sind also schon einmal die Deutschen Gesetze, die durch Herrn Schäuble und Frau Merkel gebrochen wurden und dauernd immer wieder gebrochen werden!

Hier folgen Ausschnitte aus der Rede vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl am Donnerstag, dem 23. April 1998 in der 230. Sitzung des Bundestages in Bonn:

*„Die Bundesregierung hat mit ihrem konsequenten Eintreten erreicht, dass die **Stabilitätskriterien** des Vertrages von Maastricht eingehalten werden.“*

Ich meine, dass Herr Kohl es anders meint wie es heute praktiziert wird. Weiter sagte er in seiner damaligen Rede:

„Meine Damen und Herren, nach der vertraglichen Regelung gibt es **keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers!“**

(...)

„Wenn sie quer durch alle Parteien mit den Kollegen im Europäischen Parlament reden, wissen sie, dass dieser Satz einen Moment des Innhalten verdient: Nach den vertraglichen Regelungen gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für

Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers!“

Was dieser Herr Kohl damit meinte steht hier:

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Dritter Teil - Die internen Politiken und Maßnahmen der Union (Art. [26](#) - [197](#))

Titel VIII - Die Wirtschafts- und Währungspolitik (Art. [119](#) - [144](#))

Kapitel 1 - Die Wirtschaftspolitik (Art. [120](#) - [126](#))

Artikel 125

(ex-Artikel [103](#) EGV)

(1) Die Union haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen von Mitgliedstaaten und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens. Ein Mitgliedstaat haftet nicht für die Verbindlichkeiten der Zentralregierungen, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften oder anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sonstiger Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder öffentlicher Unternehmen eines anderen Mitgliedstaats und tritt nicht für derartige Verbindlichkeiten ein; dies gilt unbeschadet der gegenseitigen finanziellen Garantien für die gemeinsame Durchführung eines bestimmten Vorhabens.

(2) Der Rat kann erforderlichenfalls auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments die Definitionen für die Anwendung der in den Artikeln 123 und 124 sowie in diesem Artikel vorgesehenen Verbote näher bestimmen.

Somit kann man feststellen, dass auch laufend das EU – Recht gebrochen wird!

Und dazu kommt zusätzlich noch die Herausgabe der „Souveränitätsrechte“ und Abgabe der zukünftigen Haushalt Planung durch Herrn Schäuble und Frau Merkel!

Schäuble sprach mit Welt am Sonntag: (hier einige Auszüge des Interviews)

Schäuble: Schon damals war Deutschland für eine politische Union, fand dafür aber keine Mehrheit. Wir haben uns deshalb entschieden, über die Wirtschafts- und Währungsunion hin zur politischen Einheit zu kommen. Wir hatten die Hoffnung – und haben sie auch heute noch –, dass der Euro schrittweise die politische Union herbeiführen wird. Dass es aber noch nicht so weit ist, ist einer der Gründe für das Misstrauen der Märkte.

Welt am Sonntag: Erzwingen die Märkte nun die politische Einigung?

Schäuble: Die meisten Mitgliedstaaten sind noch nicht vollständig bereit, die notwendigen Einschränkungen nationaler Souveränität hinzunehmen. Aber glauben Sie mir, das Problem ist lösbar.

Welt am Sonntag: Wäre der deutsche Finanzminister denn bereit, Souveränität nach Brüssel zu delegieren?

Schäuble: Die Privatperson Wolfgang Schäuble wäre dazu schon bereit. Ich habe kein Problem mit der Idee eines europäischen Finanzministers. Aber als Bundesfinanzminister sage ich: Es ist hier und jetzt unsere Aufgabe, auf der Basis der existierenden Verträge die Probleme so schnell wie möglich zu lösen.

Wir können den weiteren Weg nur so schnell und weit gehen, wie wir die Menschen in den Staaten und deren parlamentarische Vertreter überzeugen.

Welt am Sonntag: Verliert Europa wegen dieser Krise die Zustimmung in der Bevölkerung?

Schäuble: Das glaube ich nicht. Jetzt sind sogar Schritte denkbar, die vorher schwieriger waren. Sicher, große Reformen lassen sich leichter nach alles erschütternden Ereignissen wie Katastrophen oder Kriegen durchsetzen. Im Jahr 2011 sind wir davon erfreulicherweise weit entfernt.

Zugleich sage ich aber: Wir werden diese europäische Währung nicht nur unter allen Umständen verteidigen, sondern wir werden sie auch schrittweise weiterentwickeln.

Völlig ungeniert erklärt Schäuble in dem Interview, dass es von Anfang an der Plan war die Souveränität Deutschlands der EU-Politik unterzuordnen und man nichts unversucht lassen will um dieses Ziel zu erreichen. Fast wehmütig klingt es, wenn Schäuble sagt, dass ein Krieg oder eine große Katastrophe diesen Vorgang doch erheblich vereinfachen würde.

Dazu stößt dann unsere Bundeskanzlerin Frau Merkel in das gleiche Horn zwecks Abgabe der „Souveränitätsrechte“ und Abgabe der zukünftigen Haushaltplanung!

MERKEL:

„Wir müssen akzeptieren, dass die Kommission sagen darf, ob sie den Ansprüchen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes entsprechen“, kündigte Merkel auf einem Landesparteitag der CDU im niedersächsischen Hameln an.

Künftig werde man Haushaltsplanungen in Brüssel vorlegen und bei Beanstandungen nochmals bearbeiten. Die EU sei für das Gewicht der deutschen Politik und Wirtschaft in einer wachsenden werdenden Welt alternativlos, es gehe um „Freiheit und Demokratie“.

Das ist in meinen Augen der Todes Stoss für Deutschland. Dazu kommt nun auch noch die Hinterhältigkeit von Dr. Wolfgang Schäuble!

>Das Parlament soll den erweiterten Euro-Rettungsschirm laut Geheimpapier von Finanzminister Schäuble generell abnicken - direkte parlamentarische Kontrolle des 780 Milliarden Euro schweren EFSF soll es nicht geben.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat einen ersten konkreten Vertragsentwurf für den Euro-Rettungsfonds (EFSF) erarbeitet. Laut dem 41 Seiten umfassenden Geheimpapier, das dem Handelsblatt vorliegt, soll der Deutsche Bundestag dem EFSF eine Art Generalbevollmächtigung erteilen, um Rettungsmaßnahmen für Schuldenstaaten durchführen zu können. Demnach soll das Direktorium des Fonds künftig drei zusätzliche finanzpolitische Handlungsinstrumente erhalten und dafür Richtlinien erlassen, die keiner direkten parlamentarischen Kontrolle unterliegen.(...)<

Nach zu lesen unter:

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/bundestagspraesident-blockiert-schaeubles-blankoscheck-plaene/4533824.html?p4533824=2>

Die Kanzlerin plant, noch mehr **Souveränitätsrechte der Bundesrepublik Deutschland an die Europäische Union zu übertragen**. Das ist verfassungswidrig, wie jeder Jurist weiß. Auch das Bundesverfassungsgericht stellte dies am 7. September 2011 gerade noch einmal klar. Sogar der sonst so zurückhaltende Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Andreas Voßkuhle, erklärte genau dies am selben Tag in die Journalistenfedern.

Doch mit dieser Übertragung von Rechten nicht genug. Sie wünsche sich »**Durchgriffsrechte**« der Europäischen Union gegen Staaten, die nicht taten, was sie sollten, sagte Merkel weiter. Was kann ein solches »Durchgriffsrecht« sein? Natürlich nur wieder ein weiterer Verstoß gegen nationale Souveränitätsrechte anderer Staaten. Ein »Durchgriff« Brüssels gegen Deutschland beispielsweise wäre ebenso ein Verstoß gegen das Grundgesetz, wie auch ein völkerrechtlicher Verstoß gegen das von den Vereinten Nationen sonst immer hoch gehaltene Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Die Völker – auch Deutschland – könnten sich natürlich selbst neue Regeln geben. In ihre nationalen Verfassungen könnten sie die Bereitschaft aufnehmen, sich freiwillig

von fremden Mächten regieren zu lassen. Das aber würde zumindest in Deutschland erfordern, dass das Volk selbst sich in freier Selbstbestimmung eine solche neue Verfassung gäbe. Jeder Jurist weiß es und Andreas Voßkuhle hat es am selben Tag ebenfalls noch einmal mit der Autorität seines Amtes bestätigt.

Was aber antwortet die Kanzlerin auf Günther Jauchs Frage, ob sie ein solches »Europa« nötigenfalls **auch gegen den Willen des von ihr vertretenen Volkes** durchsetzen wolle? **Sie antwortet: Ja.** Denn sie sei überzeugt von dem europäischen Gedanken. Dass sie die nötigen parlamentarischen Mehrheiten zur Durchsetzung ihrer diesbezüglichen Vorstellungen finden werde, das halte sie für sicher. **Den Willen des Souveräns – ihrer Wähler – zu vollziehen, das ist wohl nicht mehr die Sache dieser Kanzlerin.**

Sehr geehrter Herr Generalstaatsanwalt Wolf

Ich bitte Sie, machen Sie diesem Treiben ein Ende! Beenden Sie diesen Hochverrat, bevor er erst richtig zu Gange kommt. Denn mittlerweile sind wir ja sowieso schon verraten und verkauft!

Eine Schlussbemerkung in eigener Sache. Ich bin jetzt Rentner, der 44 Jahre im Handwerk malocht hat. Und bin wegen solcher oben genannter Personen auch um meine Rente betrogen worden. Ich kann nicht so reden und schreiben wie Sie es normaler Weise von Anwälten, Gerichten, Behörden und sonstigen Institutionen gewohnt sind. Ich hoffe, dass Sie trotzdem meine Sprache und auch meine Ängste um Deutschland und die Zukunft unserer Kinder und Enkel verstehen.

Mit freundlichen Grüßen